

Der Kampf um die Menschenrechte

Zusammenfassung des Vortrags von Raji Sourani, Direktor des Palestinian Centre for Human Rights/Palästinensisches Zentrum für Menschenrechte
30. September 2002

Begrüßung:

Oliver Rathkolb, Wissenschaftskoordinator des Bruno Kreisky Forums

Moderation:

Gudrun Harrer, Journalistin, Leiterin der außenpolitischen Abteilung *Der Standard*

Am Beginn seines Vortrages betonte Raji Sourani, dass sich das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte sehr geehrt fühle, den Menschenrechtspreis zusammen mit Amira Hass zu erhalten, da sie sich auch gemeinsam in einer gefährlichen Lage für die Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten einsetzten. Raji Sourani ging kurz auf die historischen Hintergründe des palästinensisch-israelischen Konflikts ein und wies darauf hin, dass die Situation bezüglich der Menschenrechtsverletzungen - insbesondere im Gaza Streifen - noch nie so zugespitzt gewesen wäre. Demokratische und friedvolle Kräfte seien nicht nur in den palästinensischen Gebieten besiegt. Raji Sourani verlangte von Israel, das internationalen Recht zu respektieren und rief die internationale Gemeinschaft auf, die Prinzipien des Rechtsstaates und der Menschenrechte durchzusetzen. Palästinenser würden ihre Hoffnung und ihren Optimismus im Kampf für die Selbstbestimmung und für den eigenen selbstständigen Staat nicht aufgeben.

Während der Diskussion forderte Raji Sourani Israel auf, Verantwortung für die Lage palästinensischer Flüchtlinge offiziell anzuerkennen, die unter unmenschlichen Bedingungen in den Camps lebten und bereits in der dritten Generation unter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierung litten.

Im Hinblick auf palästinensische Gefangene, die von den israelischen Behörden während der ersten Intifada inhaftiert worden waren (deren Zahl belief sich auf insgesamt 187.000), unterstrich Raji Sourani die geänderte aktuelle Strategie Israels, wonach in der letzten Zeit Verhaftungen gemieden würden. Das Prinzip, dass „eine Kugel billiger sei als eine Inhaftierung“ erklärte die extrem hohe Zahl von Getöteten und Verwundeten der letzten Zeit. Allerdings wären auch seit April 2002 ca. 9.000 Personen gefangen genommen worden, besonders viele davon in der West Bank. Die meisten Gefangenen würden in den Militärcamps inhaftiert, manche in Gefängnissen, wo sie wegen angeblicher Verwaltungsvergehen bis zu sechs Monate angehalten werden könnten. Diese Frist könne ohne Gerichtsverfahren verlängert werden. Die Verhaftungen würden mit geheimen

Informationen begründet, die niemand erfahren dürfe. Das Schicksal der Inhaftierten sei ungewiss. Einige Fälle würden, so Raji Sourani, nicht von Militär- sondern von Zivilgerichten verhandelt. Das sei eine neue Entwicklung, die neue Verteidigungsstrategien ermögliche. Solche Gerichtsverhandlungen - wie im Fall des prominenten palästinensischen Politikers Marwan Barghouti - eröffnen nationalen und internationalen Menschenrechtsaktivisten die Möglichkeit, die israelische Besatzungspolitik anzuklagen.

Während der Diskussion ging Raji Sourani auf die Frage der geplanten Wahlen in den palästinensischen Gebieten ein. Dabei wies er darauf hin, dass diese Wahlen eine einseitige Verlängerung der Übergangsphase in den palästinensischen Gebieten bewirken könnten. Eine andere Frage sei, ob Sharon die Wahlen in Jerusalem zulassen werde. Kein Palästinenser könne sich Wahlen ohne Teilnahme von Jerusalem vorstellen. Außerdem erscheine die Durchführung von Wahlen in der aktuellen Situation der militärischen Belagerung mit Massenverhaftungen, Zerstörungen, Attentaten etc. in der nächsten Zukunft nicht möglich. Sharon sei nicht an einer starken, durch demokratische Wahlen legitimierten palästinensischen Verwaltung interessiert, betonte Raji Sourani.

Zu den geplanten Militäroperationen gegen den Irak meinte der Vortragende, dass sie für die Palästinenser schwere und lang andauernde Konsequenzen haben würden. Im Fall eines neuen Krieges im Golf würden Israelis die Vertreibungen von Palästinensern aus den besetzten Gebieten intensivieren und sie damit in einer ausweglosen Situation zu noch mehr Widerstand bewegen.

In seiner Antwort auf die Frage zu den Verträgen von Camp David sagte Raji Sourani, dass kein palästinensischer Führer israelische Forderungen in der Flüchtlingsfrage und in Bezug auf Jerusalem und andere größere Siedlungen akzeptieren könne. Die israelische Position in diesen Fragen würde de facto ein Apartheid-System in den völlig abgeschnittenen palästinensischen Gebieten bedeuten.

Zum Schluss betonte Raji Sourani, dass Menschenrechtsaktivisten den Fragen der Zukunft eines palästinensischen Staates nach der Besatzung mehr Aufmerksamkeit widmen sollten.